



Korea: Um die Chance auf Frieden zu nutzen, muss das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt werden

von AKI IG Metall, Connection e.V., DFG-VK Berlin Brandenburg, DOAM, IDK, Korea Verband

Pressemitteilung zur Aktion zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung

Mit einer phantasievollen Aktion werden über zehn Organisationen am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, dem 15. Mai, vor der südkoreanischen Botschaft auf das Schicksal der inhaftierten Kriegsdienstverweigerer in Südkorea aufmerksam machen. Für jeden inhaftierten Verweigerer soll ein Luftballon symbolisch in die Freiheit entlassen werden. Wir wollen ein starkes Zeichen der Solidarität setzen für diejenigen, die sich in Südkorea der Militarisierung verweigern und sich schon seit Jahren für Frieden einsetzen.

Das Gipfeltreffen zwischen Südkoreas Präsident Moon Jae-in und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un Ende April weckt Hoffnungen auf Entspannung auf der koreanischen Halbinsel. Seit Ende des Koreakrieges 1953 stehen sich die beiden Länder anscheinend unversöhnlich gegenüber. Der Norden hatte in den letzten Jahren verstärkt auf die Aufrüstung mit Atomwaffen gesetzt. Der Süden unterhält eine enge militärische Kooperation mit den USA und baute zuletzt massiv den US-Marinestützpunkt auf der Insel Jeju aus. Die koreanische Halbinsel ist in höchstem Maße militarisiert.

In Südkorea setzen sich verschiedene Organisationen für ein Ende der Konfrontation und für einen Friedensprozess ein. Eine davon ist die in Seoul ansässige Gruppe World Without War, in der auch selbst Kriegsdienstverweigerer aktiv sind. Sie schreibt anlässlich des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerung: "Dieser Militarismus ist vor allem auf den Koreakrieg und die daraus resultierende Teilung des Landes zurückzuführen. Erstmals seit 70 Jahren weht nun eine Atmosphäre des Friedens über die koreanische Halbinsel. Südkoreaner und Bürger der ganzen Welt, die sich für Frieden einsetzen, hoffen darauf, dass das jüngste Waffenstillstandsabkommen zwischen den beiden Koreas in eine Erklärung münden wird, um den Krieg zu beenden. Sie hoffen darüber hinaus auf einen Friedensvertrag zwischen Nord- und Südkorea und auf eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel."

Die Militarisierung in Südkorea betrifft auch den Umgang mit Kriegsdienstverweigerern. Seit 1945 waren mehr als 20.000 Verweigerer im Gefängnis. Derzeit sind etwa 300 Kriegsdienstverweigerer für jeweils 18 Monate inhaftiert, weil sie sich aus Gewissensgründen weigern, den zweijährigen Militärdienst abzuleisten. World Without War schreibt dazu: "Das ist mehr als die Summe aller ansonsten auf der Welt inhaftierten Verweigerer. Der gegenwärtige Präsident Moon Jae-in sprach auch mehrere Male von der Notwendigkeit eines Alternativdienstes. Dennoch erkennt die koreanische Regierung die Kriegsdienstverweigerung nach wie vor nicht an. Damit aber Korea die kostbaren Möglichkeiten des Friedens, die nach 70 Jahren gekommen sind, nutzen kann, um zu einem Land des dauerhaften Friedens zu werden, muss das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt werden."

Mit der Aktion am 15. Mai (16-18 Uhr, Stülerstr. 10 in 10787 Berlin) setzen sich die Organisationen für die Kriegsdienstverweigerer ein und fordern, sie unverzüglich aus der Haft zu entlassen und ihre Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.

Nachweis: Arbeitskreis Internationalismus IG Metall, Connection e.V., DFG-VK Berlin Brandenburg, Deutsche Ostasien Mission (DOAM), IDK, Korea Verband e.V.: Pressemitteilung vom 14. Mai 2018.